

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 32 / 43. Jg.

8. August 1930

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 2573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.—Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag, Ferrarif: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Kritische Situation in Österreich

Die Gelegenheit ist für das Unternehmertum im graphischen Gewerbe in Österreich günstig. Der Ablauf des Kollektivvertrages, der seit 1925 Geltung hat, fällt in eine Zeit größter wirtschaftlicher Depression. Kein Wunder also, daß man der Begehrlichkeit der Arbeiter mit der Hoffnung auf Erfolg begegnen kann. Diese Gelegenheit wird ausgenutzt. Wenn es in Kürze nicht gelingt, den Frieden im Gewerbe zu erhalten, so stehen wir vor einem Konflikt, der in seiner Bedeutung für das graphische Gewerbe noch gar nicht übersehen wird.

Verfolgt man den Gang der Ereignisse, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Unternehmer von vornherein eine Zuspitzung der Lage erstrebt haben. Es war bisher immer üblich, daß die Verhandlungen so zeitig angesetzt wurden, daß bei Ablauf des Tarifes auch die Verhandlungen abgeschlossen waren. In diesem Jahr ist man von dieser Regel abgewichen. Die Unternehmer machten geltend, in diesem Jahre hoffe man in ganz kurzer Zeit mit den Beratungen zu Ende zu sein, und deshalb solle später begonnen werden. Auf Arbeitnehmerseite bestanden keine Bedenken, diesem Vorschlag beizutreten. Bald mußten aber die Arbeiter merken, daß ihre Hoffnungen auf eine glatte Regelung der ganzen Verhandlungen zu nichts wurden. Schon bei Durchsicht der eingereichten Vorlage mußten die Arbeitnehmer erkennen, daß auf der anderen Seite ein recht scharfer Wind weht. Verschlechterungen wurden den Arbeitern angeboten, die es einfach unmöglich machten, auf solcher Grundlage zu verhandeln. Um nun aber doch den Weg der Verhandlungen beschreiten zu können, einigte man sich dahin, daß als Unterlage der Verhandlung der bestehende Vertrag genommen werden sollte. Die Verhandlungen selbst gestalteten sich äußerst schwierig, denn die Unternehmer hatten sich einen Weg vorgezeichnet, der ein Mitgehen der Arbeitnehmer unmöglich machte. Die Unternehmer verfolgten das Ziel, eine Hebung der Produktion zu erreichen, ohne daß den Gehilfen dafür irgendeine Entschädigung zuteil werden sollte. Die Gegensätze erreichten jedoch noch eine Zuspitzung durch ein Manöver der Unternehmer, das alles andere denn fair war. Alle die Streitgegenstände, die vorher beseitigt waren, indem man sich auf den bestehenden Tarif zurückzog, wurden jetzt von neuem von den Unternehmern hervorgezogen. Die Vertreter der Arbeiter konnten natürlich ein derartiges Theater nicht mitmachen. Sie verlangten von den Unternehmern, daß sie die Punkte ihres Programms bekanntgeben sollen, welche für sie als die wichtigsten galten, und wie weit sie bereit wären, den Lohnforderungen der Gehilfen entgegen zu kommen. Die Antwort der Unternehmer darauf zeigt ganz deutlich, daß man es darauf ankommen lassen wollte. Sie brachten eine Vorlage, die den größten Teil der abgelehnten Anträge enthielt. Dieses

Vorgehen führte zum Abbruch der Verhandlungen.

Den beiden Vorsitzenden des Tarifamtes gelang es, neue Verhandlungen herbeizuführen. In welchem Sinne die Verhandlungen geführt werden sollten, das zeigt das folgende Zirkular der Unternehmer:

Wien, 17. Juli 1930.

Sehr geehrter Herr!

In der Lage hat sich wenig verändert. Die Fälle passiver Resistenz, welche in Wien vereinzelt vorgekommen sind, sind in der Hauptsache durch Intervention der Betriebsräte bereinigt worden, so daß nur ganz we-

treten, und zwar unter folgenden Voraussetzungen:

1. daß der gekürzte Tarifentwurf der Prinzipalskurie zum Gegenstand der Verhandlungen genommen wird;
2. daß bezüglich der Erklärung der Kartelleitung, bindend für alle Branchen, die entsprechende Antwort bis längstens Montag, den 21. d. erfolgt;
3. daß im zustimmenden Falle die Verhandlungen am Dienstag, dem 22. d., bindend für sämtliche Sparten, aufgenommen werden;
4. daß die Verhandlungen in entsprechend kurzer Zeit beendet sind.

Sollte der Vorschlag des Hauptverbandes abgelehnt werden, so wäre der Hauptverband gezwungen, die Kündigung der Gesamtpersonale in den graphischen Betrieben in die Wege zu leiten.

Diese Mitteilung an den Gehilfenvorsitzenden des Tarifamtes erfolgte heute und ist die Antwort auf diesen Vorschlag von seiten der Arbeiterschaft für morgen Freitag in Aussicht gestellt.

Weitere Nachrichten und allfällige Weisungen werden zeitgerecht erfolgen.

K.-R. H. Prinzhorn. K.-R. V. Reißer.
Dr. Siegmund Wisloschill.

Dieses Schreiben zeigt mit Deutlichkeit, welche Auffassung die Unternehmer von Verhandlungen haben. Was sie hier aber noch versteckt andeuten, führten sie bald mit rigorosen Mitteln durch. Die Arbeitervertreter kamen soweit entgegen, daß man nach einer neuen Verhandlungsbasis suchte. Die Unternehmer stellten ihre Forderungen auf, ohne nur mit einem Wort auf die Anträge der Arbeiter einzugehen. Als man dann zu Verhandlungen kam, brachten es die Unternehmer fertig, dasselbe Material, welches schon früher zum Abbruch der Verhandlungen führte, von neuem in die Debatte zu ziehen. Das stand jedoch in grobem Widerspruch zu den Abmachungen. Als aber die Unternehmer dann noch ultimativ vorgingen, führten sie einen abermaligen Abbruch der Verhandlungen herbei.

Die Unternehmer hatten erreicht, worauf es ihnen ankam. Am 26. Juli wurde der graphischen Arbeiterschaft gekündigt. Kommen keine Einigungsverhandlungen zustande, dann wird am 9. August mit der Aussperrung der dortigen Kollegenschaft zu rechnen sein. Da dieser Kampf alle graphischen Arbeiter betrifft, ist mit einer äußerst schweren Erschütterung des Gewerbes zu rechnen. Noch ist die Hoffnung vorhanden, daß in letzter Stunde eine Einigung möglich ist. Der Arbeiterschaft kann jedenfalls kein Vorwurf gemacht werden, daß sie nicht alle Möglichkeiten erschöpft hat, um dem Gewerbe den Frieden zu erhalten. Wenn allerdings die Unternehmer den Kampf unter allen Umständen wollen, dann müssen sie die Verantwortung dafür auf sich nehmen.

Zur Beachtung!

In Oesterreich und Rumänien stehen die Kollegen in Tarif- und Lohnverhandlungen, die zu Differenzen geführt haben. Von unserem Internationalen Bund sind deshalb beide Länder für jeden Zuzug gesperrt. Wir warnen unsere Kollegen, sich durch Agenten zur Stellungnahme in diesen Ländern verleiten zu lassen.

In den meisten Ländern Europas ist die Arbeitslosigkeit ebenfalls sehr groß. Deshalb kann nur mit besonderer Vorsicht und nach vorheriger eingehender Erkundigung mit ausländischen Firmen in Verbindung getreten werden.

DER VERBANDSVORSTAND

nig passive Resistenzen festgestellt bleiben. Überstundenverweigerungen sind wohl auch in den Bundesländern vorgekommen.

Es bleibt die Meinung berechtigt, daß die Arbeiterschaft ein Herausziehen zu einem günstigeren Zeitpunkt im Auge hat und dann mit entsprechendem Nachdruck ihre Forderungen durchzusetzen versucht.

Bei den Wiener Tageszeitungen ist der Kollektivvertrag mit 15. d. abgelaufen. Ein Antrag der Herausgeberschaft auf Verlängerung des Tarifes bis zum 31. d. wurde von seiten der Arbeiterschaft abgelehnt. Ein Termin für den Zusammentritt ist derzeit noch nicht festgestellt.

Der Hauptverband hat nun die Frage der tariflosen Zeit zu klären beschlossen.

Am gestrigen Tage hat der Tarifamtsvorsitzende der Prinzipalskurie beim Hauptverband angefragt, ob eine Möglichkeit der Bereinigung des Tarifkonflikts gegeben sei.

Die Zentralleitung des Hauptverbandes hat über diese Anfrage folgenden Beschluß gefaßt:

Es wird der Prinzipalsvorsitzende ermächtigt, dem Gehilfenvorsitzenden des Tarifamtes mitzuteilen, daß der Hauptverband die Beendigung des gegenwärtigen tariflosen Zustandes unbedingt herbeizuführen gedenkt.

Zur Erreichung des Zweckes ist er bereit, in Verhandlungen mit der Gegenseite einzu-

Soziale Kampftaktik in der Wirtschaftskrise

Gegenwärtig befinden wir uns in einem Konjunktural. Die Wirtschaftskrise tobt mit unheimlicher Gewalt. Die Reaktion nützt diese Zeiten und will alle Opfer dem wirtschaftlich Schwachen, dem Arbeiter, aufbürden. Die reaktionären Mächte der Wirtschaft haben sich mit denen im Staate verbündet, so daß die Arbeiterschaft, durch ihre Gewerkschaften vertreten, auf der ganzen Linie einen Abwehrkampf zu führen hat. Die dort geübte Kampftaktik soll uns im folgenden beschäftigen.

In Krisenzeiten vermindert sich der Warenabsatz, weshalb die Gewinne der einzelnen Unternehmen zurückgehen. Der Aktionär aber will nicht nur gleichbleibende, sondern möglichst noch steigende Dividende. Deshalb fordert er gebieterisch Verminderung der Geschäftskosten, also Abbau der Löhne. Im Ziel ist sich dabei die wirtschaftliche Reaktion mit der politischen durchaus einig, in der Taktik aber erkennt man bei genauer Betrachtung eine Vielzahl von Wegen, die alle nach dem Rom des niedrigen Lohnes führen sollen. Wo noch Tarifverträge laufen, schiebt deren Unabdingbarkeit den Unternehmerwünschen einen Riegel vor. Der Überwindung dieses durch Gesetz geschaffenen Hindernisses gilt deshalb der erste Weg. Man stellt Stillelegungsantrag, der dann zur Durchführung gebracht werden soll, wenn die Löhne nicht reduziert würden. Die Belegschaft vor die Alternative gestellt, gekürzten Lohn oder Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, wird das erste wählen. So spekuliert das Unternehmertum. Die christlichen Gewerkschaften helfen kräftig mit, die Richtigkeit der Spekulation zu beweisen, sie raten zum ersten. Der Gedanke des Tarifvertrages, der ja gerade in Zeiten schlechter Konjunktur den wirtschaftlich schwachen Arbeiter schützen soll, wird dadurch zwar in sein Gegenteil gekehrt, aber die christlichen Gewerkschaften stören sich nicht an dieses Prinzip, und Stahlwerk Becker dringt durch. Alexanderwerk und andere folgen, denn das ist ja der Fluch der bösen Tat, daß sie fortwährend Böses muß gebären. Die freigewerkschaftliche Kampfpaprole aber bleibt: Der Tarifvertrag ist unantastbar.

Der zweite Weg zur beabsichtigten Lohnsenkung führt über die Kündigung aller abgelaufenen Tarifverträge durch die Unternehmer. Dabei wird bei einem christlichen Gewerkschafter als derzeitigen Reichsarbeitsminister gern die Verbindlichkeitserklärung beantragt, obgleich man sonst das Schlichtungswesen in Grund und Boden verdammt. Wenn es um den Vorteil geht, sind Unternehmervverbände nicht prinzipientreu. Und damit fahren sie gut, denn Stegerwald erklärt den Oeynhausener Lohnabbauschiedsspruch für die westdeutsche Eisenindustrie für verbindlich. Die freien Gewerkschaften aber treten auf den Kampfplatz in Mansfeld sowohl, als auch in den Betrieben der westdeutschen Schwerindustrie, wo ein nimmermattes Unternehmertum nicht nur um 7/10 Prozents, sondern um das doppelte und dreifache die Löhne kürzen will.

Der dritte Weg zu möglichst schnellem Lohnabbau auch dort, wo noch Verträge laufen, führt über die Politik. Die deutsche Volkspartei, in der neben einigen christlich-antisemitischen Handlungshelfen die Vertreter der Schwerindustrie sitzen, erklärt dem von ihr gestellten Finanzminister folgendes: Eine Zustimmung der deutsch-volksparteilichen Reichstagsfraktion zu den neuen Deckungsvorlagen kann nur dann gegeben werden, wenn er sich bereit finde, dem Kabinett einen Gesetzentwurf vorzuschlagen, wonach alle noch laufenden Lohnverträge unverzüglich gekündigt werden können. Wenn es um den Profit geht, sind also auch die Abgeordneten der deutschen Volkspartei nicht mehr prinzipientreu. Sie verlangen einen Ausnahmezustand wenn es der Schwerindustrie paßt, die dann wieder ihre Zeitungsschreiber gegen die Bolschewisierung des öffentlichen Lebens zetern läßt, weil der Gedanke des Rechts, der Gedanke der Vertragstreue, der einen Eckpfeiler im Staatsleben bildet, im Schwinden begriffen sei. Mit dem Ansinnen an den Finanzminister aber hatte man sich verkalkuliert. Moldenhauer willigte nicht ein und bißte dafür mit dem politischen Tode. Ein Tod in Ehren, ein Tod für ein Rechtsprinzip? Wir wissen es nicht. Es kann auch sein, daß Moldenhauer ablehnte, weil er für einen derartigen Gesetzentwurf erst recht keine Mehrheit zu finden glaubte. Diese Kombination hat vieles für sich. Jedenfalls ging es hier nicht so glatt, weil sehr viele Abgeordnete auch in den kommenden Reichstag gewählt werden wollen. Ihre Arbeiterwähler aber würden ihnen das übel vermerken, und deshalb wurde dieser Angriff auf die Arbeitnehmerrechte nicht zur Tat, was zu danken ist dem parlamentarischen System. Sagt darüber was ihr wollt und redet vom Artikel 48 soviel ihr wollt, als Gewerkschafter wissen wir auch die unsichtbaren Auswirkungen der Demokratie zu schätzen, und genau so wie Anno 1920 beim Kapp-Putsch werden wir sie auch künftig zu verteidigen wissen, mit den Waffen, die wir für die jeweils wirksamsten halten.

In der Krisenzeit ist aber nicht nur der arbeitende Mensch das Objekt sozialreaktionärer Angriffe. Nein, auch der Arbeitslose, der Kranke und das hilfsbedürftige Familienmitglied, sie alle werden zum Gegenstand von Abbauwünschen. Die vielen arbeitslosen Menschen, die die Krise als Opfer fordert, können keine Einkommensteuer mehr zahlen, und da sie entsprechend ihrem verminderten Einkommen weniger kaufen, gehen auch die Erträge aus der Umsatzsteuer zurück. Die Staatsausgaben aber wachsen. Und dann erschallt überall dort, wo man im persönlichen Leben das Sparen am wenigsten kennt, weil man es am wenigsten notwendig hat, der Ruf nach eiserner Sparsamkeit im Staate. Wie er befolgt wurde, lehren folgende Beispiele: Die Reichszuschüsse zur Wöchnerinnenhilfe wurden von 30 auf 15 Millionen Mark reduziert, die Arbeitslosen erhalten weniger, und wenn ein Krisenkabinett, das auf die Hilfe von Arbeiterabgeordneten glaubt verzichten zu können, zu steuerpolitischen Maßnahmen oder zu Abstrichen am Etat die Zustimmung schwerindustrieller Parlamentarier haben will, dann muß es ihnen als Gegenleistung eine „Erleichterung an anderer Stelle“ versprechen. So ist es geschehen erst dieser Tage unter der Verwaltung des Reichsarbeitsministeriums durch den ehemaligen Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald. Er will sein Versprechen einlösen durch Abbau der Kassenleistungen für erkrankte Arbeitnehmer.

Das alles zeigt, daß Krisenzeiten für die Arbeiterschaft nicht nur Zeiten allerschwerster sozialer Bedrängnis, sondern auch Zeiten der Besinnung sind. Sie sind am besten geeignet in weiteste Kreise des schaffenden Volkes die Erkenntnis einzuhammern, daß es bei diesem Unwetter nur ein schützendes Dach gibt, und das heißt: Freie Gewerkschaft. Es wird dieses um so dichter halten, je fester es verbaut ist, auch im Politischen, denn auch von dorthin hagelt es Angriff auf Angriff gegen die Lebensrechte der Arbeiterschaft, und die Wucht des Kampfes erfordert zu erfolgreicher Gegenwehr in jeder Beziehung gerüstete Kämpfer.

F. V.

Die Preissenkungskomödie der Spitzenverbände

Der 24. Juli 1930 hätte für die deutsche Volkswirtschaft ein großer Tag werden können. An diesem Tage saßen nämlich die Vertreter der Spitzen- und Fachverbände der Industrie und des Handels zusammen, um die Möglichkeit von Preissenkungen zu prüfen. Dabei handelte es sich um Organisationen vom Range des Reichsverbandes der deutschen Industrie, dem Reichsverband des deutschen Groß- und Überseehandels, der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, des Markenschutzverbandes usw. Die versammelten Herren dieser Verbände sollten dazu berufen sein, der darniederliegenden deutschen Wirtschaft einen fühlbaren Ruck zur Aufwärtsentwicklung zu geben. Sie sollten darüber beraten, wie die gewaltigen Lagerbestände, die an den verschiedenen Kreuzpunkten und Sammelstellen der Wirtschaftsadern lagern, vermindert werden können. Allein die Lagerbestände des Handels werden auf 30 Milliarden Mark geschätzt. Der kreisende Berg hat ein Mäuslein geboren! Die Öffentlichkeit wird mit einer Entschliebung überrascht, die mehr als kläglich zu nennen ist. Hier ist sie:

„Alle Wirtschaftsgruppen sind sich darin einig, daß Preissenkungen während des letzten Jahres bereits in erheblichem Maße eingetreten sind, als auf Grund der amtlichen statistischen Berechnungen in der Öffentlichkeit bekannt ist. In der Beurteilung der künftigen Preisentwicklung besteht Einigkeit zwischen den vertretenen Wirtschaftsgruppen, daß das Mißverhältnis zwischen Produktionsmenge und Volkseinkommen, wie in der letzten Vergangenheit, so auch künftig zu einer Preisgestaltung drängen wird, die in erster Linie auf möglichste Förderung des Absatzes eingerichtet ist. Die Kaufkraft der Bevölkerung wird für den Preisstand entscheidender sein, als das Streben nach wirtschaftlich normaler Unkostendeckung. Der weiteren Senkung der Preise wirken allerdings Erhöhungen wesentlicher Unkosten entgegen, die in letzter Zeit namentlich durch Maßnahmen öffentlicher Stellen verursacht worden sind. Auch die Preisstützungsaktion für die Landwirtschaft, die mehr auf die Hebung der Kaufkraft einer großen Produzentengruppe als der Allgemeinheit der Verbraucher eingestellt ist, hemmt den Preisabbau für Lebensmittel. Eine allgemeine Senkung der Preise in Lebensmitteln und Drogen kann daher für die nähere Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden. Ein endgültiger Überblick hierüber wird für viele Waren erst nach Feststellung der Ernteergebnisse möglich sein. Die beteiligten Fachverbände sind entschlossen, an der Frage weiterer Preissenkungen und ihrer Voraussetzungen zu arbeiten. Diese Bemühungen erstrecken sich auf Markenartikel. Als das wichtigste Ergebnis der Aussprache wird die gemeinsame Auffassung der Fachverbände von Warenherstel-

lern und Händlern anzusehen sein, in den sie gemeinsam beruhenden Fragen, wie denen der Preisbildung, der Lagerhaltung usw., künftig enger als bisher zusammenzuarbeiten. Damit ist ein erster Schritt zu einer neuartigen Gemeinschaftsarbeit zwischen Industrie, Großhandel und Einzelhandel getan, die nach den heute abgegebenen Erklärungen aller Beteiligten im Zeichen einer auf Absatzförderung und Bedarfsdeckung der Verbraucher gerichteten Preispolitik stehen soll.“

Ein klägliches Ergebnis hat niemand erwartet. Da die sogenannten Wirtschaftsführer, die in jenen Spitzenverbänden den Ton angeben, immer erklärlich zu machen versuchen, daß sie die Weisheit allein beherrschen und sie Lösungen schwierigster Fragen immer an der Hand haben hätte man wirklich etwas anderes erwartet. Wenn diese Leute einen geschäftlichen Geist hätten und sich nicht von einem hemmungslosen Profitstreben leiten ließen, hätten sie den überraschenden Beschluß gefaßt: Herunter mit den Preisen! Man ist doch bei Lohn- und Gehaltsenkungen so rasch bei der Hand. Warum kann man nicht einmal für große Warengattungen, die unverkäuflich sind, eine 10- bis 20prozentige Preissenkung beschließen? Ja, wenn solche Beschlüsse zustande gekommen wären, dann hätte dies sehr wesentlich zur Hebung des Ansehens unserer Wirtschaftslenker beigetragen. Aber diese Herren hatten ja gar nicht vor, populär zu werden. Sie waren im Gegenteil bestrebt, sich gründlich zu blamieren; denn wenn das Resultat wochenlangender Verhandlungen in einer derartigen Entschliebung zum Ausdruck kommt, dann kann man sehr wohl von einer Blamage ersten Ranges reden.

Die Entschliebung in ihren einzelnen Punkten vorzunehmen wollen wir unterlassen; das überlassen wir dem gesunden Menschenverstand unserer Leser. Was versteht man z. B. unter folgenden Sätzen: „In der Beurteilung der künftigen Preisentwicklung besteht Einigkeit zwischen den vertretenen Wirtschaftsgruppen, daß das Mißverhältnis zwischen Produktionsmenge und Volkseinkommen zu einer Preisgestaltung drängen wird, die in erster Linie auf möglichste Förderung des Absatzes eingerichtet ist.“ Oder: „Die Kaufkraft der Bevölkerung wird für den Preisstand entscheidender sein, als das Streben nach wirtschaftlich normaler Unkostendeckung.“ Was in aller Welt soll mit solchen Sätzen bezweckt werden, ja, was soll man darunter überhaupt verstehen? — Wenn man solche Entschliebungen der größten Organisationen der Industrie und des Handels näher betrachtet, dann sieht man die Herren der Redaktionskommission im Geiste vor sich, die die unglückliche Aufgabe hatten, mit nichtssagenden Redensarten der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Wie werden diese Herren über jedes Wort geschwitzt haben, ehe sie der Vertreterversammlung diese Mißgeburt präsentieren konnten!

Allerdings, in einem haben die Herren recht: die staatlichen Maßnahmen waren in der Tat nicht geeignet, eine allgemeine Senkung der Preise zu fördern, wie die staatliche Wirtschaftspolitik überhaupt wenig dazu beitrug, gemäß der gesunkenen Kaufkraft des Volkes den Warenabsatz zu fördern. Aber dessen ungeachtet, hier hatten es die Vertreter der Privatwirtschaft in der Hand, es besser zu machen und entscheidende Entschlüsse zu fassen. Ein Trost ist uns geblieben: „Die beteiligten Fachverbände sind entschlossen, an der Frage weiterer Preissenkungen zu arbeiten.“ Also der deutsche Bürger kann sich wieder ruhig schlafen legen, denn die Herren Produzenten und Warenverkäufer wollen mit der gleichen Intensität wie bisher am Werk des Preisabbaus schaffen. Heil uns!

Dieser Ausgang der Preissenkungsaktion der Privatwirtschaft zeigt uns mit aller Deutlichkeit, daß von dieser Seite wirklich nichts Gutes zu erwarten ist. Die Herren sind nur konsequent, wenn es sich um die Herabsetzung des Lebensstandards der breiten Masse handelt. Im übrigen sind sie Vertreter der nacktesten Profitinteressen. Für uns ist deshalb der Weg klar vorgeschrieben: rücksichtslose Wahrnehmung der Rechte und der Lebensbedürfnisse der breiten Masse. Es muß endlich einmal sehr deutlich gesagt werden, daß diese es ganz entschieden ablehnen, allein die Opfer der Wirtschaftskrise auf sich zu nehmen.

So also sieht der wirtschaftliche Weitblick der berufenen Wirtschaftsführer aus. Man muß ihnen zugestehen, daß sie sich nicht von engem parteipolitischen Interesse leiten lassen, sondern das große Ganze im Auge hatten, d. h., soweit man darunter Steigerung des Gewinnes sieht. Was bedenklich stimmt bei dieser ganzen Angelegenheit ist, daß sich diese Körperschaft recht oberflächlich mit den Problemen beschäftigt hat, die die heutige Wirtschaft bewegen. Vorläufig sehen wir allenthalben eine Steigerung der Preise, das ist vielleicht die Förderung der Absatzsteigerung. Für die Arbeiterschaft kann es daher nur eine Aufgabe geben: Widerstand bis zum äußersten allen Lohnabbauanstrebungen, solange die andere Seite den Zeichen der Zeit blind gegenübersteht.

VERBAND UND BERUF

Lohnabbau

Von Christian Ferkel.

II. Teil.

Der Inlandsmarkt

Im Gewerbe ist heute die Produktionskapazität um ein vieles größer als die Auftragsdecke. Produktionsmittel und Arbeitskräfte sind überreichlich vorhanden. Maschinen und sonstige Arbeitsplätze stehen frei und die Arbeitslosigkeit ist riesengroß. Das ist unbestritten.

Es sagen uns die Unternehmer: Wenn die Gehilfen bereit sind, den Lohn um 10 Proz. zu kürzen, dann würde es gelingen, durch Preisermäßigung die Auftragsdecke zu vergrößern und den Grad der Beschäftigung zu verbessern.

Wir haben soeben gesehen, wie lächerlich gering die wirkliche Preisermäßigung der Ware sein könnte, bei einer 10prozentigen Lohnkürzung aller Berufsgruppen, die an der Herstellung des Produktes beteiligt sind. Und sie soll mehr Aufträge bringen? In den einleitenden und späteren Beispielen zeige ich, wie stark die Firmen sich gegenseitig die Preise unterbieten. Es gibt heute keinen Unternehmer in Deutschland, der sich nicht über seine Kollegen beschwert wegen der schamlosen Schleuderei, die eingerissen ist. Sie ist heute die Regel, die keine Ausnahme hat. Was soll es in dem im I. Teil dieses Artikels aufgeführten Beispiel der Firma W—r noch bedeuten, wenn es dem teuersten Konkurrenten möglich gewesen wäre, sein Angebot noch um höchstens 2 Proz. herabzusetzen, nach dem W—r ihm um 55 1/2 Proz. (in Worten: fünfundfünfzigsteilhalb Prozent) unterboten hat. Nach seiner Kalkulation hätte er mit W—r nicht konkurrieren können, selbst wenn er keine Löhne bezahlt hätte. Und tatsächlich sind die Preisdifferenzen zwischen den Firmen in der Regel so groß, daß man erstaunt sich fragen muß, ob nicht der eine Papier und Farbe oder die Löhne vergessen hat einzurechnen, dabei seien immer die gleichen Produktionsbedingungen vorausgesetzt.

Das ständige Unterbieten der Preise hat im Gewerbe in den letzten 2 bis 3 Jahren zu einer starken Preisherabsetzung geführt. Oder anders ausgedrückt, das Unterbieten ist zur Preisherabsetzung geworden. Gewiß spielt hierbei die Entwicklung der Technik eine Rolle, aber das Tempo der Preise nach unten ist wesentlich heftiger als die Einführung größerer und mehrfarbiger Maschinen, um nur einen Faktor zu nennen. Und trotz dieses gewaltigen Preissturzes, durch gegenseitige Unterbietungen ist es nicht gelungen, die Auftragsdecke zu vergrößern. Im Gegenteil, die Auftragsdecke schrumpft zusammen, die Arbeitslosigkeit wächst konjunkturell. Preisunterbietungen von über 50 Proz. bewirken hier keine Besserung und der lächerliche Betrag von 2 Proz., den im besten Falle eine 10prozentige Lohnminderung brächte, soll das Wunder schaffen? Bitte nicht lachen, die Sache ist zu ernst.

Nun ist es aber das kurzichtigste Beginnen, den Inlandsmarkt durch eine Schmälerung der Löhne beleben zu wollen. Heute erkennt es wahrhaftig bald jeder Tüchchenkrämer, daß es ihm schlecht geht, weil die Kaufkraft der Massen so stark nachgelassen hat. Die Unternehmer behaupten, die Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften habe Schiffbruch gelitten, die katastrophale Lage des Arbeitsmarktes sei als Folge dieser Theorie der deutlichste Beweis. Mit Verlaub, meine Herren, wo und wann ist in Deutschland die Theorie zur Wirklichkeit geworden? Und hat von uns jemals jemand behauptet, durch Verwirklichung dieser Theorie wären Krisen abzuwenden? So einfältig war wirklich niemand. Sie unterstellen den Gewerkschaften diese Sinnlosigkeit um ihre „Beweisführung“ anzubringen.

Ja, aber auch im klassischen Land der Kaufkrafttheorie, in den Vereinigten Staaten, herrsche doch heute eine fürchterliche Krise, damit wäre sie doch ad absurdum geführt. Das wäre sie, wenn wir sie als Allheilmittel gepriesen hätten. Aber wir wissen, daß die kapitalistische Wirtschaft ihre Produktionskräfte immer über sich selbst hinausdrückt, sie nicht mehr meistern kann und dadurch die Gesellschaft immer wieder in Krisen hineinstürzt. Sie kann nicht anders infolge ihres anarchischen Aufbaues. Anarchisch, trotz aller Versuche der Organisation in Monopolen, Trusts, Kartelle und Syndikaten. Unfähig, die Dinge zu meistern aber besonders deshalb, weil sie nicht produziert, um den Bedarf zu decken, sondern ausschließlich um des Profites willen. Es raucht kein Stein ohne Profit. Ja, um den Profit zu erhöhen, werden die Feuer unter den Kesseln gelöscht, wie sich aus der Stilllegung ungezählter Betriebe zu dem Zwecke ergibt, die Produktion zu drosseln und die Preise erhöhen zu können.

Der Auslandsmarkt

Besonders für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe war der Auslandsmarkt in der Zeit vor dem Kriege von ausschlaggebender Bedeutung. Es wird dargetan, daß rund 60 Proz. der Produktion ausgeführt wurde. Ich kann die Zahl nicht nachprüfen, unterstelle sie aber als richtig. Als richtig unterstelle ich ebenfalls, daß weder anteilig noch mengenmäßig die Ausfuhrzahlen bis jetzt erreicht sind. Es kann bei vierfacher Produktion die Menge größer geworden und doch der Anteil gesunken sein. Aber ebenso richtig ist die Tatsache, daß die Ausfuhr von Jahr zu Jahr steigt. In runden Zahlen betrug sie im Jahre 1927 = 33 000; 1928 = 40 000 und 1929 = 56 000 dz.

Die Unternehmer erklären, wie bei der Betrachtung des Inlandsmarktes, daß eine Senkung der Löhne und damit eine Senkung der Preise eine Ausweitung des Auslandsmarktes bringen würde usw. Jedoch der Vorsitzende der Unternehmer schilderte zugleich den Gleitzoll, der in den Vereinigten Staaten Geltung hat. Nach diesem erhöht sich für unsere Produkte der Zoll um den gleichen Betrag, um den der Preis sinkt, so daß Preis plus Zoll immer dieselben Summen ergeben. Wäre es nicht mehr als ein schlechter Witz, wenn die Gehilfen eine Politik mitmachen würden, nach der der Lohn der deutschen Kollegen abgebaut würde, um die Zolleinnahmen der USA. zu erhöhen? Aber wie dabei die Erweiterung des Marktes in den USA. möglich sein soll, das bleibt ein Geheimnis unserer Unternehmer.

Doch das ist nur für die USA., allerdings der wichtigste Auslandsmarkt, der neben England vor dem Kriege in Frage kam. Wie steht es mit den anderen Ländern?

Zunächst haben die gegenseitigen Preisunterbietungen die gleiche Wirkung wie auf dem Inlandsmarkt, sofern sie nicht durch Zölle ganz oder teilweise aufgehoben wird.

Dann wollen wir die alte Erkenntnis festhalten, daß niedrigste Löhne und schlechteste Arbeitsbedingungen noch lange nicht erhöhte Konkurrenzfähigkeit bedeuten. Als wichtigster Faktor kommt die Leistungsfähigkeit in Quantität und Qualität der Arbeitskraft in Frage. Wir als Gehilfen haben immer den Standpunkt vertreten, daß die Bedingungen unter denen der Arbeiter arbeitet, im engsten Kausalzusammenhang stehen, mit der Leistung, die er vollbringt. Im Laufe der Zeit scheint das auch im Unternehmerlager zur Geltung zu kommen. Schreibt doch das „Deutsche Offset- und Steindruckgewerbe“ in seiner Nummer vom 15. April 1929: „Die Leistung ist der Gegenwert für den Lohn und umgekehrt, beide stehen in einem innigen Kausalzusammenhang“. Daran werde ich auch noch bei einer anderen Gelegenheit erinnern. Es ist zweifelsfrei, daß bei schlechten Lebensbedingungen die Leistung des Arbeiters sinken muß. Wenn also in anderen Ländern die Löhne gegenüber den deutschen Löhnen geringer sind, so will das noch wenig besagen. Es ist immer die Gesamtheit der Produktionsbedingungen zu beachten, der Lohn ist, wie wir gesehen haben, nur ein Bruchteil des Preises und ein geringerer Lohn kann sehr leicht durch eine Unterschreitung der Leistung die Ware teurer machen.

Es ist grundfalsch, bei der Bewertung des Auslandsmarktes vorkriegszeitliche Verhältnisse zum Vergleich heranzuziehen. Vor dem Kriege war unsere Industrie im Ausland außerordentlich schwach, Deutschland hatte beinahe ein Monopol. Das hat sich grundlegend geändert, in allen wichtigen Industrieländern, ja selbst in kolonialen und halbkolonialen Ländern ist unsere Industrie groß geworden und wächst sie zusehends, wie die Ausfuhr, gerade der modernsten Maschinen beweist. Es ist ein aussichtsloses Beginnen, den Versuch zu machen, dieser Entwicklung mit niedrigen Preisen, aufgebaut auf niedrige Löhne, zu begegnen. Wenn das möglich wäre, dann hätte die deutsche Inflation, während der der Erzeugnisse deutscher Arbeitskraft in der schmachlichsten Weise an das Ausland verschleudert wurden, als Konkurrenz- waffe gedacht, die ausländische Industrie geradezu vernichten müssen. Die Ausfuhr hätte aber auch zugleich einen ungeahnten Umfang gehabt. Beides trifft aber nicht zu. Lernen die Unternehmer wirklich nicht oder kommt es ihnen nur auf Täuschung an?

Wir als Gehilfen haben immer die Auffassung vertreten, daß die Hebung der Qualität auf die höchste Stufe die Basis der Ausfuermöglichkeit abzugeben hat. Wir müssen es aber auch ablehnen, durch ein Lohndumping unseren Klassengenossen in anderen Ländern in den Rücken zu fallen. Im übrigen ist es das alte Spiel der Unternehmer, das sich in jedem Lande wiederholt, daß

die die Arbeiter eines Landes gegen das andere ausspielen. Unsere Unternehmer verwiesen z. B. auf Österreich und gerade jetzt verwenden die österreichischen Unternehmer denselben Trick.

* * *

Jede Woche eine neue Zweifarboffsetmaschine

Nachdem die Argumente über die Verbilligung der Preise zur Vergrößerung der Auftragsdecke im In- und Auslande nicht durchgeschlagen haben, sprach Herr Dr. Cr. bei den Tarifverhandlungen in aller Gelassenheit den Satz: Ich gebe zu, daß mit einer Lohnkürzung keine ins Gewicht fallende Preissenkung eintreten könnte, aber wir könnten bei einem angenommenen Wochenlohnkonto des Gewerbes im ganzen Reiche von 500 000 RM. bei 10prozentiger Lohnkürzung jede Woche 50 000 RM. sparen, und das würde jedesmal eine neue Zweifarboffsetmaschine geben.

Mit aller Deutlichkeit muß gesagt werden, um Ausreden sind die Herren nie verlegen. Nur ein neuer Dreh und sonst nichts! Nachdem die Unternehmer im Schweiß ihres Angesichts beinahe zwei Tage uns klar zu machen versuchten, wie besorgt sie um die Arbeitslosen seien, daß ihre Vorschläge in letzter Linie nichts anderes bedeuten als Arbeitsbeschaffung, und diese Arbeitsbeschaffung nur durch eine Verbilligung der Produkte und dies wieder nur durch eine Lohnsenkung möglich sei, lief plötzlich die Sache hinaus auf: Noch mehr Produktionsmittel. Was schadet es, daß wir die vorhandenen nicht in Betrieb setzen können, wir müssen noch mehr haben. Wahrhaftig, dieser Dreh ist reichlich kühn.

Wir sind wirklich keine Maschinenstürmer, wir wissen, daß es sinnlos und falsch ist, die Maschine als Feind der Arbeiter zu betrachten. Wir verlangen vielmehr, daß die Errungenschaften der Technik restlos in den Dienst der Menschheit gestellt werden. Aber hier beginnt schon der Widerspruch gegen das herrschende System, das keinen Dienst an der Menschheit kennt, gegen die Anarchie und Profitgier des Kapitalismus. An der Desorganisation liegt es, daß heute bereits alle Welt eine Überinvestierung von fixem Kapital in sämtlichen Industrien feststellen muß.

Heute sind höchstens 55 bis 60 Proz. aller Produktionsmittel in Betrieb. Es gibt Industrien, in denen es nur 40 Proz. sind. In den günstigsten Konjunkturzeiten sind es allgemein 80 bis 85 Proz. Und bei uns? Die Zahlen der Arbeitslosen sprechen eine nur zu deutliche Sprache, obwohl Zahl der Arbeitslosen und Zahl der freien Arbeitsplätze nicht gleichzusetzen sind. Infolge sinnloser Überausbildung von Arbeitskräften ist ein, für die Arbeitslosen sehr arges Mißverhältnis vorhanden. Wir sagen: Solange das Gewerbe nicht in der Lage ist, die vorhandenen modernen Produktionsmittel in den Gang zu setzen und in Gang zu halten, ist jede Vermehrung sinnlos. Für den regulären Ersatz ist die Amortisation in die Kalkulation einbezogen und für zusätzlichen Bedarf findet der Gewinn oder fremdes Kapital Verwendung.

Wie wäre es denn, wenn die Organisation der Unternehmer einmal den Kampf gegen die unveranschaulichte Auswucherung durch die Verzinsung für Bankgelder aufnehmen würden? Ja Bauer, das ist etwas anderes! Die Banken und die mit ihnen in Personal- und Finanzunion stehende Schwerindustrie, sind Mächte, an die so leicht nicht heranzukommen ist. Da wird eben die Linie des geringsten Widerstandes gesucht, und die glaubt man bei den Arbeitern gefunden zu haben, von denen angenommen wird, daß sie durch die ungeheure und langfristige Arbeitslosigkeit müde gemacht sind.

Und wie wäre es, eine Beseitigung der Direktoren und Oberinflation in den Betrieben herbeizuführen? Mehr Guck wie Schaff, ist ein alter Spruch, der heute besonders Geltung hat. Und der Unfug, daß schon in Mittelbetrieben oft 2 bis 4 Familien „standesgemäß“ leben, gehört ins gleiche Gebiet. Es ist mir ein Fall bekannt, wo die Inhaber eines solchen Betriebes, es waren deren drei, in einem einzigen Jahr 100 000 RM. (einhunderttausend Reichsmark) sich aus dem Überschuß des Betriebes angeeignet haben. Nicht etwa als eine Vergütung für ihre Tätigkeit, dafür waren die reichlichen Monatsraten bestimmt, sondern als Extrazuschuß für den persönlichen Bedarf war das gedacht und zum Zwecke der Steuerhinterziehung. Nur weil die Steuerbehörde mißtrauisch wurde und weil durch damit verbundene andere Manipulationen der Betrieb beinahe an den Rand des Ruins gebracht wurde, kam die Sache ans Tageslicht. Das gehörte auch in das Kapitel: Wie gehen Betriebe zugrunde?

DIE GENOSSENSCHAFT

Staatspolitik und genossenschaftliche Selbsthilfe

Der Kampf des sogenannten selbständigen Mittelstandes — wer ist der „unselbständige“ Mittelstand? — gegen die Konsumgenossenschaften löste ein staatspolitisches Diktum aus, das insbesondere von den Beamten und Angestellten und der Arbeitermassen als Verbraucher nicht unbeachtet bleiben kann. Da die „Stützen von Thron und Altar“, zu denen sich der „selbständige Mittelstand“ in Vorkriegszeiten zählen durfte, durch die staatspolitische Umwälzung zu einem nicht mehr zeitgemäßen Begriff geworden sind, so muß der Mittelstand, da er sich doch als „Staatsstütze“ fühlt, obwohl er mehr „Stütze“ braucht als Stütze ist, sich nach einer ebenso brauchbaren Bezeichnung umsehen. Der neue Reichsjustizminister Bredt von der Wirtschaftspartei hat nun kürzlich bei einer Kundgebung des „selbständigen“ Mittelstandes für die Sonderumsatzsteuer zur Knebelung der Konsumgenossenschaften den neuen Staatsstützenbegriff glücklich formuliert, indem er, Staatspolitiker großen Formats, erklärte: „Das selbständige erwerbsmäßige (!) Bürgertum sei nach Meinung des Kabinetts der Träger des gewaltigen Beamtenstaats, nicht aber Warenhäuser und — Konsumvereine.“

Nun weiß man also, daß die demokratische Republik Deutschland ohne die alten „Stützen von Thron und Altar“ nicht existieren könnte und daß dem „Beamtenstaat“ nur vom „selbständigen“ Mittelstand geholfen werden kann. Die Beamten sollen wissen, was die Bezeichnung „Beamtenstaat“ im Wesenskern bedeutet: Da die Beamten der Republik vom „selbständigen“ Mittelstand durch Steuern „erhalten“ werden müssen, so muß umgekehrt die Beamtenschaft aller Grade mit ihrem Einkommen, das nach der erleuchteten Volkswirtschaft der Mittelständler aus reinen Steuern besteht, den „selbständigen“ Mittelstand „erhalten“? Wo bliebe sonst die ausgleichende Gerechtigkeit?!

Was nun aber das staatspolitische Diktum des wirtschaftsparteilichen Ministers anbelangt, so müßte die deutsche Republik, wenn es richtig wäre, auf ebenso schwachen Füßen stehen, wie der „selbständige“ Mittelstand selbst, der zu seiner Erhaltung vom Staat steuerfreie Millionenkredite zu niedrigstem Zinsfuß beansprucht und gleichzeitig die Konsumgenossenschaften mit brutalen Ausnahmesteuern belastet sehen will. Was der Tragikomik dieser neuen „Träger des gewaltigen Beamtenstaates“ nicht entbehrt.

Wie falsch und gefährlich aber die staatspolitische Deklamation der Wirtschaftsparteiler und ihres Ministers ist, zeigt eine Statistik der Gegenüberstellung von Handelsbetrieben und genossenschaftlich organisierten Verbrauchermassen. Sie zeigt, daß die sogenannten reinen Handelsbetriebe vom Jahre 1907 mit 621 103 Inhabern auf 946 403 im Jahre 1925, also um 52,3 Proz. zugenommen haben, während die Bevölkerung im heutigen deutschen Staatsgebiet von 57,8 Millionen im Jahre 1910 auf 62,4 Millionen, also um nur 8 Proz. zugenommen hat. Trotzdem stehen den rund 1 Million Handelsbetrieben, die bei ihrer kaninchenartigen Vermehrung heute gezählt werden können, 4 Millionen genossenschaftlich organisierter Haushaltungen in etwa 1500 Konsumgenossenschaften gegenüber.

Woraus sich ergibt: 1. daß die vielbeklagte schlechte Wirtschaftslage des „selbständigen“ Mittelstandes im Handel — und nur er wird von der Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung betroffen! — vor allem durch seine eigene unmäßige, in gar keinem Verhältnis zur Bevölkerung stehende Vermehrung verschuldet ist, und 2. daß die auf Selbsthilfe und nicht auf Staatsstipendien aufgebaute, in Zahl viermal stärkere Wirtschaftsbewegung genossenschaftlich organisierter Verbraucher in weit höherem Maße Träger des Staates sind, als der notleidende „selbständige“ Mittelstand.

Der „unselbständige“ Mittelstand, als welcher mit achselzuckender Miene des „erwerbsmäßigen Bürgertums“ die Beamten und Angestellten rubriziert werden, können diese untergeordnete soziale und staatspolitische Bewertung am besten durch stärkste wirtschaftliche Betätigung in den Konsumgenossenschaften quittieren. Die Arbeitermassen, die ja bei diesen staatspolitischen Erwägungen überhaupt nicht mitzählen, werden es sowieso tun.

Steuerdrückebergerei

Die Konsumvereinsfeinde reden und schreiben bekanntlich allerhand dummes Zeug von angeblicher „Steuerbegünstigung“ der Konsumvereine. Daran wird man erinnert, wenn man sich die Reichstagsdrucksache Nr. 2133 vom 30. Juni 1930 etwas näher ansieht. Nach Entschließungen des Reichstags vom August 1927 soll die Regierung die Ergebnisse der im Reiche vorgenommenen Buch- und Betriebsprüfungen während eines Rechnungsjahres dem Reichstage mitteilen. Die erwähnte Drucksache bringt die Ergebnisse auf das Rechnungsjahr 1929. Die einzelnen Spalten der Tabellen zeigen, welche Summen an Mehrsteuern bei den verschiedenen Steuerarten durch die Prüfungen herausgeholt wurden und welche Geldstrafen durch die 26 Landesfinanzämter den Hinterzählern auferlegt worden sind. Um hinterzogene Steuern muß es sich handeln, sonst würde man keine Bestrafungen verhängt haben. Zusammengefaßt ergeben die Einzelheiten folgendes Bild:

	Mehrsteuern	Geldstrafen
	RM.	RM.
Einkommensteuer	62 179 032	2 244 969
Körperschaftsteuer	48 484 715	116 845
Umsatzsteuer	14 428 232	451 304
Vermögenssteuer	8 171 133	73 036
Sonstige Reichssteuern	16 387 895	199 107
Landes-, Kirchen- usw. Steuern	23 841 528	15 470
Gesamtsumme:	173 494 535	3 100 731

Es wurde also durch die Prüfungen der anscheinliche Betrag von beinahe 177 Millionen Mark herausgeholt! Dabei ist zu beachten, daß es sich eben nur um die Fälle handelt, in denen die Steuerdrückeberger erwischt wurden. Bei weitem nicht alle Betriebe können in einem Jahre kontrolliert werden. Und wie viele Fälle mag es geben, in denen die Verschleierungen so geschickt gemacht werden, daß auch die radikalste Nachprüfung nicht hinter Steuerbetrügereien kommen kann.

In den oben mitgeteilten Zahlen liegt aber noch nicht alles an amtlichem Material dieser Art. Die Drucksache Nr. 2164 behandelt dasselbe Gebiet. Sie bringt Nachweisungen über Festsetzung und Erlaß von Geldstrafen bei den Besitz- und Verkehrssteuern auf das Jahr 1929. Danach wurden in 26 823 Fällen insgesamt 11 471 844 Mk. Geldstrafen ausgeworfen. In 2131 Fällen wurde die Strafe nach § 359 und 367 der Abgabenordnung ganz oder teilweise erlassen, nachdem sie rechtskräftig geworden war. Der Betrag der erlassenen Strafen beziffert sich auf 1 246 519 Mk. Ferner bringen diese amtlichen Mitteilungen Nachweise über Festsetzung und Erlaß von Geldstrafen bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben. Das Ergebnis ist:

	Rechtskräftige Geldstrafen	Straferlasse
	RM.	RM.
Zölle, Ein- u. Ausfuhrverbote	16 308 410	3 768 542
Branntweinmonopol einschl. Essigsäure	66 235 494 (1)	11 397 905
Tabaksteuer	5 538 314	917 262
Biersteuer	787 711	105 412
Zuckersteuer	5 469	1 240
Sonst. Verbr.-Steuern	31 003	77 013 (1)
Gesamtsumme	89 206 401	16 267 374

Zu den Ergebnissen ist zu bemerken, daß sich die Privatwirtschaft, wie die Zahlen zeigen, über allzu große Rücksichtslosigkeit nicht zu beklagen braucht. Die verhältnismäßig großen Summen der Erlasse beweisen das. Man könnte im Gegenteil hier viel mehr von einer „Begünstigung“ sprechen, als bei den Konsumvereinen, wo davon gar keine Rede sein kann. Unter allen den vielen hier in Frage kommenden Fällen von Bestrafung wegen unrechtmäßiger Nichtablieferung von Steuern werden sich Konsumvereine wahrscheinlich nicht befinden.

Der Funke im Pulverfaß . . .

Das brutale Steuerrecht, welches die Reichsregierung und der Reichstag von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen den Konsumgenossenschaften mit der Auflage einer Sonder-Umsatzsteuer von 0,5 Proz. zugefügt hat, beginnt sich in einer kräftigen Abwehr der Landes- und Zentralverbände und der einzelnen großen Konsumgenossenschaften auszuwirken. In scharfen Entschlüssen, Flugblättern, ganzseitigen Anzeigen in der Tagespresse usw. wird die aufreizende Tatsache festgenagelt, daß zur selben Zeit, wo den Großagrariern unter stärkster Belastung der Gesamtheit der Verbraucher mit Zöllen und Zollprämien Staatsgeschenke in die Taschen geschoben werden, dem Mittelstand und der Industrie Staatssubventionen in irgendeiner Form zufließen und dieser Milliardensegens auch von den

steuerzahlenden Konsumgenossenschaften und ihren Mitgliedern aufgebracht werden muß, die letzteren mit einer Sonderbelastung geschöpft werden, die 90 Proz. des Bilanzvertrages wegsteuert. „So was“ wirkt aufreizend. Muß aufreizend wirken.

Aber dieser neue Beutezug unter Führung der rechtspolitischen Wirtschaftspartei hat ja nur die Bedeutung des Funkens, der ins Pulverfaß fiel. Denn schon seit Jahren wirkt sich die konsumvereinsfeindliche Hetze der Mittelständler in den unverschämtesten steuerlichen Belastungen der Konsumgenossenschaften aus. Wo die selbständigen Gewerbetreibenden und Händler im einzelnen durch abgestufte Steuergrenzen einen wohlthätigen Steuerschutz bis zu vollkommener Steuerfreiheit genießen und außerdem ihre Genossenschaften noch besonders steuerlich begünstigt sind, begnügt man auf Schritt und Tritt der Tatsache, daß die Konsumgenossenschaften nicht nur nichts „genießen“, sondern durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen zu Steuern verpflichtet werden, von denen sie, kraft ihres Wesens befreit bleiben müßten. Und wo die Steuergesetzgebung ausnahmsweise wie bei der Körperschaftsteuer neben allen andern Genossenschaften auch die der Verbraucher mit dem gleichen Maße der Steuerbefreiung mißt, bringen wirtschaftspolitische Tendenzurteile des Reichsfinanzhofes die ganze kärgliche Ersparnis aus dem konsumgenossenschaftlich verwerteten kärglichen Einkommen der meist minderbemittelten und zu Tausenden arbeitslosen Mitgliedern in Gefahr. Dieweilen der Mittelstand, die Industrie und der immer im Trüben fischende Handel diese steuerliche Gleichstellung als „Bevorzugung“ der Konsumgenossenschaften in alle Winde schreien und über die „Steuerfreiheit“ der Konsumvereine wissentlich lügen, daß sich die Balken biegen. Ein wahrhaftig unsauberer Kampf, bei dessen Betrachtung Zorn und Ekel wachsen.

Den letzten tollen Streich der privatwirtschaftlichen Interessenten, vor allem des Handels und der Industrie, hat man ja noch plastisch vor Augen, wenn man an das Zündholzmonopolgesetz denkt. Wie wurde auch da über die „Bevorzugung“ der genossenschaftlichen Zündholzfabriken Zeter und Mordio geschrien, wo zu gleicher Zeit die konsumvereinsfeindliche Mehrheit des Reichstags — wiederum von den Demokraten, daß Gott erbarm, bis zu den Nationalsozialisten! — die Kiste genossenschaftlicher Zündholzproduktion mit einer Monoplabgabe von 60 RM. belegte, während der Schwedentrost selbst eine Reichsabgabe von netto nur 21,50 RM. zu leisten hat.

Solche „Bevorzugungen“ sind zum typischen Muster für die Behandlung der Konsumgenossenschaften in Reich und Ländern geworden, und es ist kaum ein Wunder, wenn der getretene Wurm sich bäumt, d. h. wenn die Konsumgenossenschaften zu fühlbaren Abwehrmaßnahmen vor allem gegen die Händler und den sonstigen konsumvereinsfeindlichen Mittelstand sich rüsten. Und es kann auch gar kein Zweifel darüber herrschen, daß die 4 Millionen Konsumvereinsfamilien unter Mitwirkung von 5 Millionen Gewerkschaftern und den Beamtenvereinigungen, in Summa wohl 10 Millionen Verbraucherfamilien bei konzentrischem Zusammenwirken im Wareneinkauf nur bei Konsumgenossenschaften und entsprechende Stellungnahme bei den politischen Wahlen ein wirtschaftliches und politisches Schwergewicht in die Waagschale des Kampfes zu legen haben, welches den Gegnern der Konsumgenossenschaften fühlbar macht, daß sie ein gefährliches Wagnis zu ihrem eigenen Schaden unternommen haben. Der Funke im Pulverfaß wirkt.

Die Volksfürsorge und das Neuroder Grubenunglück

Die furchtbare Katastrophe in der Wenzeslaus-Grube zu Neurode, bei der mehr als 150 Bergarbeiter ums Leben kamen, ist ein erschütternder Beweis dafür, daß man im Interesse seiner Angehörigen niemals genug Vorsorge treffen kann. Die Notwendigkeit eines guten Lebensversicherungsabschlusses wird bei einem solchen Massenunglück besonders klar erkannt. Nach vorläufigen Feststellungen gehörten von den Todesopfern der letzten Katastrophe in Neurode 61 der Volksfürsorge an. Es sind Versicherungssummen in einer Gesamthöhe von rund 55 000 Reichsmark fällig geworden. Innerhalb 48 Stunden wurden bereits die ersten 28 000 RM. ausgezahlt.

Im Rechnungsstellenbezirk Waldenburg der Volksfürsorge, zu dem auch das Neuroder Gebiet zählt, sind 17 Proz. der gesamten Bevölkerung bei der Volksfürsorge versichert. Der Prozentsatz steigt in einzelnen Orten bis zu 35 und mehr. Die Bewohner des schlesischen Bergbaureviere wissen den Wert einer Versicherung bei der Volksfürsorge wohl zu schätzen.

LITERATUR UND KUNST

Emil Orlik

Von *Walther G. Oschilewski*.

In Emil Orlik, dessen künstlerisches Lebenswerk wir mit den nachstehenden Zeilen anlässlich seines 60. Geburtstages, am 21. Juli, umschreiben wollen, ehren wir den Meister, dessen hohes Verdienst es war und ist, handwerkliche Gesinnung als Voraussetzung künstlerischer Leistung wieder zur Anerkennung verhelfen zu haben. Das mag als Selbstverständlichkeit angesehen werden, war aber keine zu der Zeit, als Emil Orlik seinen ersten Ruhm als Graphiker um die Jahrhundertwende und schon früher begründete. Vorkämpfer der Schwarzweißkunst, Vorkämpfer neuer Ausdrucksformen des reproduktiven Bilddrucks, der er war, hatte er den klassischen Impressionismus, vornehmlich der dekorativen kunstgewerblichen Richtung desselben um wertvolle Impulse bereichert. Er trug dazu bei, daß dem großspürigen Akademismus, der die tragische Trennung von Kunst und Handwerk auf dem Gewissen hat, das Wasser abgelaufen wurde. Er tat dies durch Leistung, durch das Durchdenken, Erobern und Weiterformen technischer Probleme und Möglichkeiten. Gerade auf dem Gebiete der Xylographie hatte der Mangel einer handwerklichen Gesinnung und Durchbildung zu jener abscheulichen Verwilderung geführt, die lange Zeit diese primäre, so ausdrucksreiche Kunstübung zu einer lächerlichen Angelegenheit erniedrigte. Künstler und Handwerker arbeiteten ohne die notwendige Tüchtlung, und oft sogar standen sie in verschrobener Dünkelhaftigkeit sich feindselig gegenüber. Selbst ein so genialer Zeichner und Illustrator wie der unsterbliche Adolf Menzel konnte seine köstlichen Einfälle und Gestaltungen, die für die Schwarzweißkunst in Frage kamen, nicht selbst mit dem Messer in das Holz schneiden, er zeichnete auf Kreidegrund und überließ die Übertragung seinem Xylographen. Emil Orlik war wieder der erste, der wie die alten deutschen Meister des 15. und 16. Jahrhunderts, vom Franzosen Valloton und von dem Engländer Nicholson angeregt, wieder selbst das Messer führte und ihm die Bedeutung eines Zeichenstiftes gab. Indem er seine künstlerischen Intentionen mit der ihm eigenen und sich im Laufe der Zeit immer stärker herausbildenden Einheitlichkeit und Einfachheit in den Holzstock grub, eroberte er wieder für seine Generation die vergessene Notwendigkeit der technischen Beherrschung und Auswertung des Materials. Während dieser Zeit entstehen die vielen kleinen Holzschritte, böhmische Städte und Dörfer darstellend (Orlik ist am 21. Juli 1870 in Prag als Sohn eines Schneidemeisters geboren), kleine Köstlichkeiten, von innerer Bewegtheit, in die er, um größere Wirkungen zu erzielen, die dunklen Partien impressionistisch auftrifft. „Es wird nicht stilisiert, aber abstrahiert, wodurch die eigentümliche Mischung von Natürlichkeit und dekorativer Haltung entsteht“, schreibt Max Osborn, der ihm in dem kleinen vergriffenen Büchlein der Sammlung „Graphiker der Gegenwart“, als Holzschneider, Radierer und Lithograph würdigt, über diese Holzschritte. Diese „eigentümliche Mischung“ ist, obwohl er in der Folgezeit in die Schule vieler Techniken ging, sein Stil geworden. Vor allem war es Japan, das klassische Land der Holzschneidekunst, das ihm die entscheidenden Anregungen gab, und das vor allem auch in der Malerei den europäischen Impressionismus befruchtete. Aber Orlik begnügte sich nicht, diese für viele Künstler und Kunstfreunde so wundersame, vollkommene und wirkungsreiche Ausdrucksmöglichkeit des japanischen Farbenholzschnittes (welch ungeheure Leistung, bis auf 91 Platten aufeinander zu drucken!) nur an Hand der importierten Blätter zu studieren, er ging, 1900, selbst nach Japan, um in den Werkstätten der Holzschneider Art und Technik von Grund auf zu erlernen. Eine ungewöhnliche Welt künstlerischen und handwerklichen Reichtums des Ostens öffnete sich ihm, die er mit leidenschaftlicher Lernfreude und Schöpferlust zu erobern suchte. Wesentliches über den Farbenholzschnitt in Japan, über chinesische Farbenholzschnitte erzählt Orlik selbst in dem empfehlenswerten Buch „Kleine Aufsätze“ (im Propyläen-Verlag, Berlin), das auch von seiner Ägyptenreise berichtet, Selbstbiographisches und Aufsätze über moderne Photographie und Opernausstattung veröffentlicht. Einige charakteristische Radierungen, Aquarelle (leider in einfarbigem Druck), Schabkunstblätter (Beethoven, Leibniz) u. a. sind dem Werk beigegeben. Um der ungewöhnlichen Präzision und Fertigkeit der japanischen Holzschneider und Drucker, ihrer souveränen Führung des Messers, ihrer Könnerschaft im Drucken, ihrer Gefühlssicherheit im Aufsetzen der Farben ganz nahe zu kommen, mußte er versuchen, ganz in ihrem Sinne zu arbeiten. So stehen alle seine Blätter, die während dieser und nach dieser Zeit entstanden sind, der genialen Vollkommenheit japanischer Holzschritte kaum nach. Man hat ihm

diese an und für sich gefährliche Nähe und seine handwerkliche Lern- und Experimentierwut oft zum leisen Vorwurf gemacht. Dieser Vorwurf geschieht zu Unrecht, denn aus allen seinen Blättern leuchtet dennoch die Orliksche Handschrift eigenwillig hervor.

Gleiche Könnerschaft, wenn nicht noch größere, und gleiche Leidenschaft, die Vielfältigkeit der technischen Möglichkeiten zu erproben, zeigt der Radierer Orlik. Schon in der Frühzeit seiner künstlerischen Entwicklung, vor 1900, hat er die Radierung als das ihm gemäße Ausdrucksmittel erkannt. Aber indem er sie nicht nur um die Auswertung privaten Talents betrieb, sondern überhaupt in diesem Sinne seiner Generation als Führer und Anreger zu gelten hat, so hat er den graphischen Künsten, und besonders der Radierkunst den Weg bereiten helfen. In der Radierschule des alten F. L. Raab in München, in die er hospitierte (Orlik war von Prag nach München in die Privatschule des Malers H. Knirr, später in die Akademie zu W. von Lindenschmit übersiedelt), erlernte er die Anfangsgründe, um bald durch die Aufnahme allerlei fortgeschrittener Techniken (Aquatinta, Kaltadel, Vernis mou) über die bei Raab geübte hinauszuwachen. Nun ritzte er auch mit der Nadel seine lebendigen, weiträumigen, eleganten Zeichnungen und Linien- und Kurvenspiele von herrlicher Delikatesse in die Platte. Landschaften, menschliche Gestalten werden zu Verkörperungen von Licht und Luft und sind von musikalischer Architektur. Die Eleganz und Kulturfülle seines zeichnerischen Gefühls lassen nicht die Gefahr aufkommen, daß er einmal an technischem Raffinement, das er in wortwörtlichem Sinne beherrscht (besondere Atzungs- und Mischungskünste, Aufrauen, Überspritzen etc.), verloren geht. Von ehrfürchtiger Sachlichkeit ist seine Bildnisgraphik. Durch umsichtige, durch lange Materialsuche vorbereitete Ergründung der geistigen Wesenhaftigkeit großer Persönlichkeiten, rekonstruiert er das menschliche und geistige Antlitz großer Toten: Bach, Beethoven, Kant, Leibniz, Michelangelo usw.

Auch zum Flachdruck, zur Lithographie, die für sein ungewöhnlich zeichnerisches Improvisationstalent, wie wir es unter zeitgenössischen Künstlern nur noch bei Slevogt finden, das geeignete Ausdrucksmittel mit vervielfältigender Möglichkeit ist, fand er schon früh den Weg. (Schon in der Prager Zeit entsteht das berühmte Plakat zu Hauptmanns „Weber“, das erste künstlerische Originallitho in Österreich.) Überhaupt ist sein künstlerisches Repertoire von staunenswerter Vielfältigkeit. Entwürfe für Exlibris, Tapeten, handgedruckte Stoffe, Buchschmuck, Illustrationen, Dekorationen und Kostüme für Max Reinhardt („Räuber“, „Wintermärchen“ und viele andere Stücke) tragen alle das Signum seiner großen Kunst. Leider hat man dabei seine wesentliche Bedeutung als Maler, die sich ebenfalls schon während seiner Prager Zeit zu entwickeln begann, übersehen. Die Verwandtschaft mit dem großen Franzosen Paul Cezanne ist nicht zu leugnen. Prachtvolle Arbeiten zeugen von feiner, malerischer Kultur, hoher Kunstgesinnung, vitaler Lebensfreude, delikater Linienführung, ganz gleich, ob er farben- und lichtüberflutete Landschaften malt oder in zärtlicher Verliebtheit einen Frauenkörper auf die Leinwand modelliert oder in zeichnerischer Bestimmtheit ein Porträt aufsetzt; immer ist er der große Mensch und Künstler, dessen Genus Armut und Reichtum unseres Daseins überstrahlt. Als Lehrer an der Berliner Akademie (schon seit 1905) ist er bemüht, dem Nachwuchs die von ihm durch 40 Jahre hindurch geübte Selbstzucht im künstlerischen Schaffen einzuwurzeln. Immer ist er unterwegs, wanderrnd, um heim zu finden, immer ein Lernender, Suchender, der durch Arbeit und Energie der Welt ihre Schönheit geben will. Mehrmals führte ihn der Weg nach dem Osten, Ägypten, Nubien, China, Korea, Sibirien, und immer brachte er eine reiche Ernte heim, die wir in den vielen Pastellen, Aquarellen, Zeichnungen, Radierungen, Holzschritten und Gemälden besitzen. Wenn wir ihm heute dafür danken und ihn grüßen, grüßen und ehren wir den Meister, der wieder handwerkliche Sauberkeit, künstlerische Unbeirrbarkeit, zeichnerische Kultur, Generationen zur nachahmenden Bemühung aufgab.

An Literatur nennen wir das schon oben erwähnte Buch von Emil Orlik „Kleine Aufsätze“ im Propyläen-Verlag, Berlin. Viele Zeichnungen enthält das Werk „Emil Orlik“ in der Sammlung „Zeichner der Gegenwart“, Verlag A. Schumann, Leipzig, auf das ebenfalls ganz besonders hingewiesen werden soll. Max Osborns Darstellung mit Abbildungen ist im Verlag der Neuen Kunsthandlung, Berlin, erschienen und wohl vergriffen. Eine kurz gefaßte, gut einführende Charakterisierung Emil Orliks mit Abbildungen finden wir auch in Erich Knaufs Buch „Empörung und Gestaltung“, Büchergilde Gutenberg, Berlin.

Marxismus und Arbeiterbildung

In gewissen Kreisen der Arbeiterschaft spukt noch immer der Gedanke, daß eine Arbeiterbildung neutral sein kann. Die Geschichte aller bisherigen gesellschaftlichen Bildung lehrt uns sehr eindeutig, daß eine jede bisherige Bildung eine Klassenbildung war. Eine jede herrschende Klasse hat nur eine Bildung im Interesse ihrer eigenen Klasse vermittelt. Das heißt, daß die Bildungsbasis für die herrschende Klasse eine entschiedene andere sein mußte, als für die unterdrückte Klasse. Die ökonomischen Klassenunterschiede fanden ihren Ausdruck in der Bildungsarbeit der Gesellschaft. Diejenigen bürgerlichen Kreise, die heute mit Schrecken von der politischen, nicht neutralen Bildungsarbeit der Marxisten sprechen, haben durch ihre Bildungsarbeit gezeigt, daß eine Bildungsarbeit nicht neutral sein kann. Leider lassen sich auch oft noch proletarische Kreise von jenem Neutralitätsfimmel des Bürgertums anstecken. Man muß darum immer wieder betonen, daß es in einer Klassengesellschaft keine neutrale Bildung geben kann, sondern nur eine Klassenbildung gibt.

Arbeiterbildung ist nicht von jeher marxistische Bildungsarbeit gewesen. Die alten Arbeiterbildungsvereine im vergangenen Jahrhundert, die die Vorläufer der heutigen Arbeiterbewegung waren, betrieben absolut keine klassenbewußte Bildungsarbeit oder hatten vom Marxismus keine Ahnung. Die Entstehung einer modernen, mit Klassenbewußtsein erfüllten Arbeiterbewegung gab erst der Arbeiterbildung einen anderen Inhalt, machten sie zur wahren sozialistischen Arbeiterbildung. Der Marxismus verwandelte sie in eine proletarische, bewußte Klassenbildung und gab ihr ein festumrissenes Ziel. Die Bildungsarbeit war nicht mehr für den einzelnen Arbeiter eine persönliche Angelegenheit, sondern wurde nunmehr zu einer Klassenangelegenheit.

Was ist aber nun Marxismus? Dies ist eine sehr heiß umstrittene Frage im Kreise der Freunde wie auch der Gegner des Marxismus. Sehr viele Menschen bekämpfen und hassen leidenschaftlich den Marxismus, kennen ihn aber überhaupt nicht, wissen höchstens, daß er eine Sache der Arbeiterklasse ist. Er wird oft nur als ein ökonomisches System oder als ein System des philosophischen Materialismus aufgefaßt. Aber nichts ist verfehlter als dieses, denn der Marxismus ist kein ökonomisches System, wenn auch Karl Marx Hauptwerk „Das Kapital“ heißt. Wohl aber nimmt die ökonomische Frage eine bedeutende Rolle in ihm ein. Der Marxismus hat auch nichts gemein mit dem philosophischen Materialismus, obwohl seine Methode der Geschichtsbetrachtung historischer Materialismus genannt wird. Der Marxismus ist und will in seinem Wesen nach nichts anderes sein als eine Wissenschaft vom sozialen Leben und der sozialen Entwicklung. Er liegt also auf einem ganz anderem Gebiete des Denkens und des Interesses als die Philosophie. Er fragt darum nicht nach dem Wesen der Dinge, es kümmert ihn nicht, was die Dinge „an sich“ sein mögen oder „was die Welt im Innersten zusammenhält“, sondern er fragt bloß, was immer die Dinge an sich sein mögen nach den Gesetzen ihrer Veränderungen.

Unter Marxismus versteht man daher eine Gesellschaftswissenschaft, die in sich das gesamte Marxsche Gedankengebäude zusammenfaßt. Man darf darum unter Marxismus nicht nur das Marxsche Wort verstehen und glauben mit Marx-Zitaten beherrscht man den Marxismus, wie es einige Führer der „Volksnationalen Reichsvereinigung“ glauben. Wichtig ist es aber auch für unsere eigenen Klassengenossen, daß sie die lebendigen Elemente des Marxismus erfassen und die marxistische Methode anwenden. Die Grundlehren des Marxismus sind die materialistische Geschichtsauffassung und die Lehre vom Mehrwert, aus denen sich die Lehren vom vergesellschafteten Menschen, von der Dialektik und dem Klassenkampf ergeben. Mit Hilfe dieser Lehren war es dem Marxismus möglich, eine Analyse der kapitalistischen Gesellschaft vorzunehmen, um die Wurzeln, deren Auswüchse bloßzulegen. Gerade die lebendige Methode des Marxismus ist die stärkste Waffe des Proletariats im Klassenkampf. Sie ermöglicht es ihren Anwendern, den Marxisten, den Kapitalismus zu jeder Zeit klar zu erkennen und ihn in seiner wahren Gestalt mit seinen vielen Widersprüchen und deren Auswirkungen aufzuzeigen. Es kommt aber den Marxisten nicht darauf an, eine Tatsache zu erkennen und aufzuzeigen, sondern sie zeigen auch den Weg zur Überwindung durch den Klassenkampf und seine Dialektik.

In dem Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist ihr in dem Marxismus eine eigne Geisteswelt, eine sozialistische Ideologie entstanden. Die Arbeiterschaft wird als Klasse durch sie geistig von der bürgerlichen Gedankenwelt befreit. Ihr Denken wird selbständiger, nimmt an-

dere Formen an. An Stelle einer bürgerlichen Betrachtungsweise tritt die marxistische.

Aufgabe des Marxismus ist es, der Arbeiterbewegung die theoretischen Grundlagen zu geben und den Weg zu zeigen, den sie zu gehen hat, um die heutigen bestehenden gesellschaftlichen Mängel zu beseitigen und um an dessen Stelle eine bessere, sozialistische Gesellschaftsordnung zu setzen. Der Marxismus will durch seine Theorie die Praxis stärken. Nach ihm wird die Theorie zum Träger der wirtschaftlichen Entwicklung, sobald sie die Massen ergreift.

Die Arbeiterbewegung ist Träger und Instrument des proletarischen Klassenkampfes. Als Träger des Klassenkampfes führen die verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung denselben, je nachdem wo sie zuständig sind, auf wirtschaftlichen, kulturellen oder politischen Gebieten. Zur Erzeugung von Klassenbewußtsein und Schulung zum Klassenkampf ist eine umfassende Bildungsarbeit der Arbeiterorganisationen notwendig. Der Indifferentismus hat im Proletariat noch große Ausmaße. Um diese indifferenten Massen des Proletariats dem klassenbewußten Proletariat zuzuführen ist es notwendig, sie zum Klassenbewußtsein zu erwecken und sie zu schulen. In einer politischen Demokratie und bei den Aufgaben der heutigen, wachsenden Arbeiterbewegung nimmt naturgemäß die Bildungsarbeit eine größere Rolle als je ein.

Bei der großen Bedeutung der Bildungsarbeit hat die Frage besonderes Interesse, was Arbeiterbildung ist und wie Arbeiterbildungsarbeit sein soll. Der Begriff Arbeiterbildung ist absolut nicht so eindeutig wie man glauben mag; man kann die berufliche Bildung wie auch die proletarische Bildungsarbeit der Arbeiterorganisationen darunter verstehen.

Wenn wir aber von Arbeiterbildung sprechen, dann meinen wir aber nur die Bildungsarbeit der Arbeiterklasse im Interesse des politischen Klassenkampfes. Und das heißt wahre Klassenbildung zu betreiben. Der Marxismus gibt erst der Arbeiterklasse die Möglichkeit, eine wahre proletarische Klassenbildung durchzuführen, die den Arbeiter zu einem Klassenkämpfer macht und ihn lehrt den Klassenkampf bewußt zu führen. Unsere Arbeiterbildung muß marxistisch sein, weil der Marxismus lehrt, die großen Perspektiven der geschichtlichen Entwicklung zu erkennen. Marxistische Arbeiterbildung betreiben heißt: auch politisches Denken zu schulen, um politisch für die Arbeiterklasse wirken zu können. Sie muß darum auf jeden Fall eine proletarische Zweck- und Massenschulung sein. Und eine jede marxistische Arbeiterbildung hat zu einer bewußten Erweckung und Verstärkung des Klassenbewußtseins zur Befähigung und Führung des Kampfes gegen die privatkapitalistische Vorherrschaft beizutragen. Der Marxismus gibt der Arbeiterbildung die geistige Grundlage und der Arbeiterbewegung das geistige Rüstzeug und befruchtet so dauernd die Arbeiterbildung und die Arbeiterbewegung.

Lothar Wand (Erfurt).

Rundschau

Die Zahl der Ausgesteuerten wächst

Eine immer geringere Zahl von Arbeitslosen wird von der Arbeitslosenversicherung unterstützt. Waren es Ende Februar noch 77,7 v. H. aller Arbeitslosen, die Anspruch auf Unterstützung aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung hatten, so ist Ende Juni der Vondhundertsatz auf 55,7 zurückgegangen. Hieraus ist zu ersehen, daß immer mehr Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung ausschieden und der Krisenunterstützung oder der Wohlfahrtspflege der Städte zur Last fielen. Ein großer Teil der Arbeitslosen wird je länger desto mehr überhaupt aus jedem Unterstützungsverhältnis ausscheidend. Hier entwickelt sich ein Zustand, der in den nächsten Monaten die ernsteste Beachtung verdient. Diese um so mehr, weil die Möglichkeit, Arbeit zu erhalten, von Woche zu Woche geringer wird.

Herunter mit den Preisen für Markenartikel!

Bei der Aktion zum Preisabbau, die von den Spitzenorganisationen der Industrie und des Handels gemeinsam ausgeführt werden sollte, hat auch der Verband der Markenartikelfabrikanten mitgewirkt. Es ist bekannt, daß bei den Marken-

artikeln sowohl die Fabrikanten als auch die Groß- und Kleinhändler gut verdienen. Trotzdem hat man sich von dieser Seite nicht zu einer Preissenkung entschließen können. In der von den Spitzenverbänden angenommenen Entschliebung heißt es hierüber u. a.: „Die beteiligten Fachverbände sind entschlossen, an der Frage weiterer Preissenkungen und ihrer Voraussetzungen zu arbeiten. Diese Bemühungen erstrecken sich auch auf Markenartikel“. Das war das ganze Ergebnis der Preissenkungsaktion der Markenartikelfirmen. Der Preisschutz bei Markenartikeln mit Hilfe von Reversen durchgeführt, die der Fabrikant oder das Einzelhandelsgeschäft unterschreiben müssen. Konsequenz wurde die Unterschrift der Reverse nur von den Konsumvereinen abgelehnt. Dies wird von einer Zeitschrift wie „Ruhr und Rhein“ folgendermaßen festgestellt: „Von entscheidender grundsätzlicher Bedeutung ist vielmehr die Tatsache, daß die Konsumvereine keinerlei Verpflichtung zur Einhaltung der von den Fabrikanten vorgeschriebenen Kleinhandelspreise der Markenartikel eingehen, die entsprechenden Reverse ablehnen und mit dieser ihrer Einstellung bei maßgebenden Markenartikelfirmen seit längerer Zeit Erfolg gehabt haben.“ Man ersieht hieraus, welchen gegenseitigen Einfluß die Konsumvereine auf die Preisgestaltung ausüben.

Die genannte Zeitschrift beschäftigt sich aber in der betreffenden Nummer 30 mit dem Preissenkungsproblem im allgemeinen und kommt dabei zu Feststellungen, die sonst nicht oft gemacht werden. Es heißt in dem Leitartikel dieser Nummer noch folgendermaßen: „In den Preisen, die der letzte Verbraucher zu zahlen hat, ist nicht nur das Maß der Lebenshaltungskosten, sondern zugleich die Höhe der Selbstkosten der deutschen Produktion zu einem wesentlichen Teil bestimmt. Gelingt es uns nicht, zum mindesten gleichzeitig mit dem Ausland diese Selbstkosten herabzudrücken und damit zum mindesten gleichzeitig mit dem Ausland die Basis für die Wiederankurbelung der Wirtschaft zu finden, so ist das gleichbedeutend mit verschärfter Produktionseinschränkung und erhöhter Arbeitslosigkeit. Gewiß führt auch die mengenmäßige Beschränkung der Produktion, ihre freiwillige oder unfreiwillige Drosselung eines Tages wieder zur Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage. Dieser Weg zur Gesundung ist jedoch schmerzvoller als der andere Weg durch Senkung der Preise.“

Viel zu wenig wird beachtet, daß die dem letzten Konsumenten auferlegten Preise die Höhe der Lebenshaltungskosten bestimmen und dadurch letzten Endes die Selbstkosten der produktiven Wirtschaft maßgebend beeinflussen. Es wäre wirklich zu wünschen, daß die Unternehmer und namentlich diejenigen Stellen, die die Preispolitik zu beeinflussen in der Lage sind, von diesen Erkenntnissen durchdrungen würden. Wir sind überzeugt davon, daß es dann mit dem Preisabbau schneller gehen würde. Es sei denn, man mißachtet jede wirtschaftliche Überlegung und ist nur allein auf den eigenen Profit bedacht.

Massenentlassungen in der Großindustrie

Die Arbeitslosigkeit ist durch die Massenentlassungen der Großindustrie nicht unwesentlich verschärft worden. Die größten Werke haben am entschiedensten ihre Belegschaften abgebaut. Dies war möglich, weil durch die Rationalisierung eine wesentliche Leistungssteigerung gegeben war. Neuerdings werden die beabsichtigten Entlassungen der Berliner Elektroindustrie stark kritisiert. Die Firma Siemens, AEG., Bergmann usw., versuchten die Gehälter der Angestellten um 10 Proz. zu kürzen, und als dies nicht gelang, wurden Massenentlassungen angekündigt. Von 1925 bis 1928 stieg in der deutschen Elektrizitätsindustrie die Zahl der Arbeitnehmer um 16 v. H., auf der anderen Seite stieg aber der Erzeugungswert um 30 v. H. In der gleichen Weise fand eine Umsatzsteigerung statt. Trotz alledem will man die Belegschaften stark vermindern. Die elektrotechnischen Firmen haben den Versuch erst gar nicht unternommen, durch Preissenkungen eine Hebung des Absatzes herbeizuführen, um damit eine genügende Beschäftigung der Belegschaftszahl aufrecht zu erhalten. Man verfährt eben nach der alten Methode, indem man zu hohen Preisen zu verkaufen versucht und wenn dies nicht gelingt, die Arbeiter und Angestellten einfach auf die Straße setzt.

Vom Büchertisch

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Verlag Werk und Wirtschaft, Verlags-AG., Berlin SW 48, herausgegeben von Prof. Dr. Ludwig Heyde.

Schon eine Durchsicht der Mitarbeiter zeigt, daß hier etwas Besonderes geboten wird. Führende Leute nehmen zu den einzelnen Fragen, welche mit der Gewerkschaftsbewegung zusammenhängen Stellung. Es ist ein wissenschaftliches Werk, das mit wissenschaftlicher Gründlichkeit einen Querschnitt durch die Gewerkschaftsbewegung aller Länder gibt und das Augenmerk besonders darauf richtet, daß bei möglicher Einheit im systematischen Aufbau alles Wesentliche auf gewerkschaftlichem Gebiet in Kürze mit ausreichender geschichtlicher Fundierung unter Einbeziehung der einschlägigen Literatur und starker Heranziehung des internationalen Materials, jedoch in erster Linie auf die Bedürfnisse des deutschsprachigen Betrachters zugeschnitten, zur Darstellung kommt. Seinen wissenschaftlichen Charakter erweist das Werk besonders auch darin, daß es sowohl die organisatorischen, wie auch vor allem die theoretischen Probleme der Gewerkschaftsbewegung, wie sie sich heute den wirtschaftlich wissenschaftlichen Theoretikern und Soziologen unabweisbar aufdrängen, in einer größeren Anzahl von Artikeln bringt.

Es dürfte für jeden Funktionär in der Gewerkschaftsbewegung von außerordentlichem Nutzen sein, bei Bearbeitung irgendwelcher Probleme dieses Handwörterbuch seine Beachtung zu schenken, zumal neben der Behandlung einer Frage gleichzeitig die dafür einschlägige Literatur angegeben ist. Das Erscheinen dieses Werkes wird in Gewerkschaftskreisen anerkannt werden.

Preis des Werkes 90,- RM. in der Subskription ermäßigt sich der Preis auf 72,- RM. (Jede Lieferung 18,- RM.)

Der Bücherkreis 1930, Heft 3: Liebe, Ehe, Prostitution, reich illustriert, 80 S. Vierteljahrszeitschrift. Redigiert von Karl Schröder. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 90 Pf. (für Mitglieder Sonderregelung).

Die Literatur über das Eheproblem ist in der Gegenwart ins Uferlose angewachsen. Kein Wunder, denn es ist eines der Grundprobleme unserer Zeit. Vielfach wird es aber immer noch ganz isoliert betrachtet, während es doch nur in Zusammenhang mit unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtlage erkannt werden kann. Das vorliegende Heft des Bücherkreises basiert in allen seinen Beiträgen auf dieser Erkenntnis und ergänzt in glücklichster Weise den kürzlich im gleichen Verlage erschienenen Band „Liebe und Ehe im Leben der Völker“ von Prof. Heinrich Cunow. Es ist hier nicht möglich, auf den Inhalt des Heftes näher einzugehen. Wir müssen uns damit begnügen, einige Titel und Verfasser der Beiträge anzuführen: F. Petrich: Sexualmoral und Bevölkerungsentwicklung. Fr. Wendel: Kulturgeschichtlicher Streifzug durch die Prostitution. A. Goldstein: Zweigespräch über die Liebe. Dora Fabian: Liebe, Ehe, Prostitution im Spiegel der Dichtung (mit interessanten Zitaten, u. a. aus einem Briefe Lassalles an Sophie von Hatzfeld). Dazu kommen belletristische Beiträge von Barthel, Budzinski, O. B. Wendler, Oskar Wöhrlie usw. sowie zahlreiche Illustrationen.

Ein Dorf im Dschungel. Von Leonard S. Wolf. Roman aus dem Englischen übertragen von C. W. Weddige. 248 S. Ganzleinen. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 Mk.

Dieser im Dschungel Ceylons spielende Roman ist mit einer für einen Engländer erstaunlichen Wärme und Anteilnahme geschrieben. Er erzählt den tragischen Untergang einer Kleinbauernfamilie. Zunächst packt den Leser die Naturwichtigkeit und Erdnähe der Buchen. Der Dschungel, die Pflanzen, Tiere und Menschen in ihm, seine grandiose düstere Majestät, der unermüdlige Kampf zwischen Dschungel und Menschensiedlung um den Raum, die Bindungen zwischen Natur und Mensch durch Religion und Aberglauben — alles das erstelt in greifbarer Nähe und Anschaulichkeit vor dem Auge des Lesers. Je mehr die Handlung aber fortschreitet, desto energischer drängt sich daneben anderes mit in den Vordergrund. Wir erleben den schweren Daseinskampf dieser Eingeborenenfamilie mit der Pflanzen-, Tiere und Menschen ihre gesellschaftliche Unterdrückung in der Kastenhierarchie, und schließlich steigt aus unserer Anteilnahme Protest und Anklage gegen den englischen Imperialismus empor, der sich durch seine eigene Unterdrückungspolitik und durch seine Passivität gegenüber der brutalen Unterdrückung durch eingeborene Obrigkeiten am indischen Volke schwer verständigt. Das sorgsame Studium dieses Romans ist für alle, die sich für die indische Frage interessieren, eine Notwendigkeit. Die Anschaffung dieses aktuellen, schönen und billigen Buches ist dringend zu empfehlen.

Blockhaus an der Wolga. Roman von Max Barthel. Verlag: „Der Feldenknecht“, Berlin SW 29. Preis 4 Mk.

Das Blockhaus, von dem in dem neuen Roman von Max Barthel die Rede ist, steht an der unteren Wolga, aber die Handlung des Buches sprengt diesen Rahmen und führt nach Petrograd, das jetzt Leningrad heißt, führt nach Odessa, nach Minsk und Smolensk, nach dem Ural, nach Sibirien und nach der grauen Stadt Astrachan. In dem Buche ist das Tempo jener kriegerischen Jahre, in denen die Entscheidungsschlacht zwischen dem Osten und dem Westen geschlagen wurde.

Der Verfasser hütet sich, in das wilde Geschrei der Antilochschweisten einzustimmen. Er war ja selbst in jenen Jahren in Moskau, in Odessa, im Ural und in Smolensk. Er war ja selbst in Astrachan und in jenem Blockhaus, und was der Verfasser in seinem Buche erzählt, ist letzten Endes das große Erlebnis vieler Millionen: die Erzählung von der glühenden Liebe zur russischen Revolution, ihr langsames und ihr schmerzliches Erwachen in der Wirklichkeit.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Kritische Situation in Österreich. / Zur Beachtung. / Soziale Kampftaktik in der Wirtschaftskrise. / Die Preissenkungskomödie der Spitzenverbände. Verband und Beruf: Lohnabbau. Die Genossenschaft: Staatspolitik und genossenschaftliche Selbsthilfe. / Steuerdrückbergerei. Der Funke im Pulverfaß. / Die Volksfürsorge und das Neuroder Grubenunglück. Literatur und Kunst: Emil Orlik. / Marxismus und Arbeiterbildung. Rundschau. / Vom Büchertisch. / Anzeigen.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität
Ia Auswaschtinktur Zinkätzsais D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck
Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36
Wiener Straße Nr. 50
Fernspr. Mor. 12389

Achtung! Spottbillig ca. 200
Regulier-Motoren
für das graphische Gewerbe jeder Stromart von
1/2 bis 5 PS sehr billig abzugeben.
„Sümag“, Südd. Masch.-Ges. Frankfurt a. M.,
Friedberger Landstraße 98.

Fachliteratur!
Lehrbuch der Lithographie und des
Steindruckes von Alois Senefelder.
Preis inkl. Nachnahme 11.70 RM.
Die Erfindung der Lithographie
von F. Hansen. Preis inklusive
Nachnahme 0.80 RM.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schenkenditz-Lelpzig.